

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib-Postamt Rieser.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptzollamtes Reichen.

Postfachamt: Dresden 1830
Stroße Rieser Nr. 52.

Nr. 108.

Dienstag, 11. Mai 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 50 Pfennig. (Zwei Mark) durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. (Grundpreis für die 32 mm breite, 5 mm hohe Druckzeile 6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Kastenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangor & Winterlich, Rieser. Geschäftsjahre: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

Der Gast in Genf.

Genf erlebte gestern einen historischen Augenblick. Zum ersten mal seit Bestehen des Völkerbundes betraten offizielle Delegierte des besiegten Deutschland die Schwelle, die zu den geteilten Räumen der Sitzungen führte. Aber die Rolle, die Deutschland als Mitglied der Studienkommission in diesen Tagen zu spielen hat, ist nicht die eines aktiven Teilnehmers, mehr schon die eines Gastes, eines Beobachters. Das erklärt sich schon daraus, daß Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes ist und auch daher nicht in der Lage ist, an Beschlüssen praktisch mitzuwirken, die in die innere Struktur des Völkerbundes selbst eingreifen. In dieser Lage tritt noch die Erwägung, die es den deutschen Vertretern unmöglich macht, auf der Reserve herauszutreten: Deutschland hat einen unwiderlegbaren Rechtsstandpunkt zu verteidigen, ein Standpunkt, der vollkommen erschüttert ist, wenn Deutschland sich auch nur ein Zuspätkommen von diesem Recht nehmen läßt. In Locarno gab man bisher und Stresemann ein feierliches Versprechen. Man präsen- tierte dem Reich einen Eid in dem Völkerbundsrat, an dessen Aufrechterhaltung nichts geändert werden sollte. Das Versprechen ist gebrochen worden. Gewiß, wir glauben es, nicht um Deutschlands Rechte zu stehen, sondern in der Hauptsache, weil man durch ein solches Entgegenkommen an Gefährdung kleinerer Ententestaaten hoffte, gewisse Befürchtungen über den Abschluß des Sicherheitspaktes im Westen zu beschwichtigen. Können die Gründe, die den Bruch des Versprechens schafften, sein wie sie waren, sie haben uns nichts zu klammern. Denn das heimliche Versprechen Chamberlains nahm uns etwas von unserem Recht. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, auf das bisherige Recht, was man uns gelassen hat, auch nur um ein Geringes zu verzichten.

Die erste Sitzung dieser Studienkommission ist nun vorüber. Sie bot inhaltlich nichts, aus dem man schließen könnte, nach welchem Plan die künftige Frage geklärt werden könnte. Lord Cecil, der Vertreter Großbritanniens an dieser Studienkommission, hielt eine Rede. Belanglosigkeiten, Unwahrheiten. Von irgend einem festumrissenen Vorschlag war nichts zu erkennen. Sollte wahrscheinlich auch nichts erkannt werden. Immerhin beachtenswert ist die einstimmige Ansicht der Studienkommissionmitglieder, daß nichts an der Einstimmigkeit der Völkerbundsbeschlüsse geändert werden dürfte. So Scialoja, auch diesmal Vertreter des musolinischen Italiens: „Das Einstimmigkeitsprinzip muß bleiben, obwohl es bei Vermehrung der Mitglieder die Schwierigkeiten der Einigung erhöht. Aus diesem Grunde darf die Zahl der Ratmitglieder nicht zu stark vermehrt werden.“ Man beachte die Worte „nicht zu stark vermehrt werden.“ Also ist Scialoja doch der Ansicht, daß ein oder zwei Staaten wohl oder übel Ratplätze angeboten werden müssen. Nichts desto trotz die künftige Ratliste? Das vermag Scialoja allerdings anzugeben. Bewußt vielleicht. In dem Bestreben, nicht schon in der ersten Sitzung den Meinungsstiller allzu stark in Erscheinung treten zu lassen. Aber immerhin, die Andeutung ist gefallen. Lord Cecil und die anderen Herren am Beratungstisch haben beifällig mit dem Kopf genickt. Die deutschen Herren werden achsam zu sein haben.

Die Faltung, die die deutsche Delegation einzunehmen hat, ergibt sich von selbst. Die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, in den Völkerbund einzutreten, ist den Herren am Verhandlungstisch bekannt. Andererseits ist der Reichsregierung bekannt, daß manches in diesem Völkerbund, in dem wir eintreten sollen, nicht so ist, wie man es uns glaubhaft machen wollte. Das vermag man, die Voraussetzungen, unter denen wir in diesen Völkerbund eintreten wollten, nachsagen wir, etwas zu korrigieren. In Deutschland kann man die letzten Vorkämpfer in Genf mit vollster Ruhe verfolgen. Unsere Vertreter sind nach dem schönen Genfer See geschickt worden, nicht um bindende Beschlüsse zu fassen, sondern nur um festzustellen, ob das fair plan, das Chamberlain so feierlich versprochen, auch wirklich ganz fair durchgeführt wird. Wie diese Feststellungen unserer deutschen Herren in Genf auch schließlich lauten mögen, sie schaffen keine Bindung. Die Reichsregierung und mit ihr auch der Reichstag werden sich letzten Endes darüber schlüssig zu machen haben, ob nun alles da unten im Völkerbund so geworden ist, wie auch unsere begeisterten Vocaranten dies gern hinstellen möchten. Bis zu dieser Klarheit wird es noch eine geraume Weile haben. Und schließlich: mit dieser Frage und ihrer Lösung können wir uns auch geruhsam Zeit lassen.

Zur Flaggenfrage.

Der Reichstag hat heute in der Reichskanzlei gegen 11 Uhr den ganzen Montag fort. Am Montag begaben sich die Führer der Regierungsparteien zum Reichskanzler, um mit ihm die Lage zu besprechen. Diese Verhandlungen dauerten etwa 1 1/2 Stunden. Nach der interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien wurde ein Kabinettsrat abgehalten, aus dem ein positives Ergebnis nicht mittelbar wird. Hierauf empfing der Reichskanzler die Vertreter der Deutschnationalen Partei, die er gebeten hatte, und zwar die Hops, Graf Wehner, Schiele, Wallraf und Schulz-Bromberg. Für 6 Uhr nachmittags hatte der Reichskanzler die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zu sich gebeten.

Der Reichstag hat heute in der Reichskanzlei gegen 11 Uhr den ganzen Montag fort. Am Montag begaben sich die Führer der Regierungsparteien zum Reichskanzler, um mit ihm die Lage zu besprechen. Diese Verhandlungen dauerten etwa 1 1/2 Stunden. Nach der interfraktionellen Besprechung der Regierungsparteien wurde ein Kabinettsrat abgehalten, aus dem ein positives Ergebnis nicht mittelbar wird. Hierauf empfing der Reichskanzler die Vertreter der Deutschnationalen Partei, die er gebeten hatte, und zwar die Hops, Graf Wehner, Schiele, Wallraf und Schulz-Bromberg. Für 6 Uhr nachmittags hatte der Reichskanzler die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zu sich gebeten.

Die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages ist erst am Dienstag vormittags zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten. Wie wir hören, wird sie gegen die beiden Mißtrauensvoten in der Flaggenfrage stimmen. In der Frage einer etwaigen Beteiligung der wirtschaftlichen Vereinigung an der Reichsregierung sind Verhandlungen noch nicht abgeschlossen worden. Die Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung sind zu Dienstag vormittags zum Reichskanzler gebeten worden.

Wie wir weiter hören, wird die Flaggenfrage im Reichstagsplenum am Dienstag noch nicht abgeschlossen werden, sondern sich bis zum Mittwoch Abend erstrecken. Die entscheidenden Abstimmungen finden also erst in den Abendstunden des Mittwoch statt.

Nach der Sitzung des demokratischen Gesamtvorstandes trat die demokratische Reichstagsfraktion zusammen, um den Bericht des Vorsitzenden Koch über seine Besprechungen beim Reichskanzler und mit dem Reichsjustizminister Marx entgegenzunehmen. In der Debatte wurde auch die Möglichkeit einer vorläufigen Suspendierung der Flaggenverordnung erörtert. Die Fraktion hält an ihrer bisherigen Haltung fest und vertagte sich auf Dienstag mittags 12 Uhr.

Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion erörterte ebenfalls die Flaggenfrage, kam aber hinsichtlich der Mißtrauensvoten noch zu keinem Beschluß. Ihre Entscheidung wird sie erst nach der Rede des Reichskanzlers fällen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat ihre Beratung über die Flaggenfrage am heutigen Abend nicht mit einer Beschlußfassung beendet, sondern ihre endgültige Entscheidung auf morgen, Dienstag, nach der Reichskanzlerrede vertagt. — Die Fraktion gedenkt, nach dieser Rede die Unterbrechung der Sitzung zu beantragen, um dem Reichskanzler noch Gelegenheit zu dem Versuch zu geben, eine Brücke zu den Anscheinungen des Zentrums und der Demokraten zu schlagen.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages gab um 11 Uhr abends ihren Beschluß zur Flaggenfrage dahin bekannt: Für den Fall, daß es infolge der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenfrage zu einer Regierungskrise kommt, ermächtigt die Sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler grundsätzlich zu Verhandlungen über die Neubildung der Regierung.

Entgegenkommen der Reichsregierung.

Berlin. (Funkpruch nachm. 1 Uhr.) Die das Nachrichtenbüro des Reichs deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, hat sich die Reichsregierung in der gestrigen Nachmittags- und nach erzwungenen Besprechungen heute vormittags entschlossen, in der Flaggenfrage entgegenkommen zu lassen. Die Flaggenverordnung soll, wie das Nachrichtenbüro des Reichs deutscher Zeitungsverleger weiter hört, bis zum 1. August praktisch nicht in Anwendung gebracht werden. Man nimmt an, daß bis zu diesem Termin dann eine Gesamtlösung der Flaggenfrage im Sinne des Briefes des Reichspräsidenten erfolgen wird, so daß die Verordnung dann voranschreitlich gegenstandslos sein würde.

Reichsinnenminister Dr. Köpcke übermittelte diese Anregung der demokratischen Reichstagsfraktion, die kurz nach 12 Uhr zusammentrat und deren Verhandlungen noch andauern.

Im böllischen Mißtrauensantrag.

zur Flaggenfrage heißt es u. a.: Die Reichsregierung hat durch den jüngsten Flaggenentwurf die Streitfrage über die Reichsflagge nicht etwa gelöst, sondern nach unserer Überzeugung vertieft. Wir erwarten eine das deutsche Nationalgefühl befriedigende Lösung der Flaggenfrage erst dann, wenn das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit zum Willen des Kampfes für seine Freiheit erwacht ist. Der jüngste Flaggenentwurf mit seiner weiteren Sanktionierung der schwarz-rot-goldenen Farben vermag dieser Entwicklung nicht zu dienen. Der Reichstag spricht deshalb der Reichsregierung sein Mißtrauen aus.

Die demokratische Reichstagsfraktion.

befähigte sich heute zunächst mit dem Briefe des Reichspräsidenten in der Flaggenfrage und erklärte sich bereit, sich an den Verhandlungen über die Schaffung einer Einheitsflagge zu beteiligen. Sie wird die Reichsregierung auffordern, möglichst bald diese Verhandlungen einzuleiten. Es wurde davon Kenntnis genommen, daß der Reichskanzler in seiner heutigen Rede anknüpfen wird, daß die Flaggenverordnung bis zum 1. August nicht in Kraft gesetzt werden soll. Wenn die heutige Erklärung der Regierung befriedigend ausfällt, wird die demokratische Fraktion nicht für das Mißtrauensvotum stimmen. Sollten sich noch Schwierigkeiten ergeben, so wird die Fraktion zur Debatte einen besonderen Antrag einbringen, der die vorläufige Nichtanwendung der Verordnung fordert und die Regierung veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Die endgültige Entscheidung der demokratischen Fraktion zu dem Mißtrauensvotum fällt also erst nach der Rede des Reichskanzlers.

Die Berliner Presse zu dem Brief Hindenburgs.

Berlin. Sämtliche bürgerlichen Blätter begrüßen den Schritt des Reichspräsidenten v. Hindenburg zu einem verständlichen Ausgleich in dem Flaggenstreit, wenn auch die deutschnationalen Blätter es für mehr als zweifelhaft halten, daß eine Einigung in der Flaggenfrage möglich sei. Die Deutsche Zeitung schreibt: Mit dem Herrn Reichspräsidenten können wir den Zeitpunkt herbei, wo sich das

einige deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Wahrgenommen seines staatlichen Daseins wären wird.

In der Kreuzzeitung heißt es: Immer wieder tritt das Bestreben in allen Handlungen Hindenburgs hervor, Wege zu versöhnen und eine Volksgemeinschaft herbeizuführen. Eine schwarz-weiß-rote Fahne mit sogar noch vergrößerter schwarz-rot-goldener Wölsch ist jedoch für die Deutschnationalen untragbar. Für uns jedenfalls kann es in diesen Dingen überhaupt kein annehmbares Kompromiß geben. Wir fordern nach wie vor die alte ruhmreiche schwarz-weiß-rote Fahne.

Der Lokalanzeiger bespricht eine Einigung über die Flaggenfrage, die zugleich auch die rechtsstehenden Teile der Bevölkerung nur irgendwie zufrieden stellen könnte, als schlechthin undenkbar.

Die Tägliche Rundschau nimmt mit Sicherheit an, daß dem Streit um den Flaggenentwurf durch den Brief des Reichspräsidenten die parlamentarische Schärfe genommen wird. Das Zentrum und die Demokraten werden sich, wie das Blatt glaubt, im Hinblick auf die in Aussicht gestellte endgültige Lösung mit dem Flaggenentwurf abfinden.

Die Germania hebt hervor: Die auf Verständigung und Ausgleich bedachte Bestimmung des Reichspräsidenten berührt wohlwollend und kann nur dazu dienen, die Stellung des Reichspräsidenten in den Augen der Bürger noch mehr zu festigen. Der praktische Politiker wird sich freilich die groben realen und psychologischen Schwierigkeiten nicht verhehlen, die die Verwirklichung dieses Ideals zu keiner leichten Sache machen.

Im Berliner Tageblatt wird gesagt: Wir haben nichts einzuwenden gegen den Versuch, eine Einigung in der Flaggenfrage herzustellen, wenn wir sicher sein dürfen, daß wirklich jede unzulässige Schwächung der schwarz-rot-goldenen Fahne unterbleiben soll.

Rechtlich die Volkliche Zeitung: Wenn es gelänge, hier eine Lösung zu finden, die keine Winderung der Farben des neuen Reiches bedeutet, ohne dabei völlig auf die Erinnerung an eine Tradition zu verzichten, die in ihrer Verknüpfung mit den Leistungen des geeinten deutschen Volkes während mehr als vier Jahrhunderte stets ehrenwürdig bleibt, so würden endlich Kräfte, die sich bekämpfen, zu fruchtbarer Gemeinschaftsarbeit frei werden.

Hörings Vorwürfe gegen Reichskanzler Dr. Luther.

Der Reichspräsident in Berlin. Berlin. (Funkpruch.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen. Ein Ehrentag der deutschen Armee. Der Reichspräsident in Berlin. Berlin. (Funkpruch.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

Der Reichspräsident in Berlin.

Berlin. (Funkpruch.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

Ein Ehrentag der deutschen Armee.

Der Reichspräsident in Berlin. Berlin. (Funkpruch.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

Gegen Parlamentsauflösung.

Der Reichspräsident in Berlin. Berlin. (Funkpruch.) Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

Städtefahrt des Kreuzers „Emden“.

Rach beendetem Umbau tritt Kreuzer „Emden“ seine große Städtefahrt an und begibt sich zunächst nach Stettin, liegt über Wismar in Swinemünde und besucht dann Kiel. Zu den Stageraffektlichkeiten fährt der Kreuzer nach Wilhelmshaven, wo er die abwesende Flotte zu vertreten hat. Im Juni sollen besucht werden Lübeck, Hamburg und Emden. Emden plant als Hafenstadt einen besonders herzlichen Empfang.